

Antrag Nr. 10-F-01-0033

SPD-Fraktion

Betreff:

Die Wiesbadener Optionskommune - das Modell mit Zukunft
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 17.03.2010 -

Antragstext:

Das (bis zum 31.12.2010 befristete) Wiesbadener Modell der Optionskommune hat sich bewährt. Die Vorteile liegen in der umfassenderen Kenntnis der regionalen (Arbeitsmarkt-)Strukturen und in der Flexibilität der Kommune, auf Gegebenheiten des örtlichen Arbeitsmarktes kurzfristig und ohne Konsultation einer fernen Hauptverwaltung schnell reagieren zu können. Die Leistungen des SGB II können durch diese Organisationsform aus einer Hand gewährt werden, die Betreuung der Menschen kann individuell und passgenau erfolgen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich zu ihrer Verantwortung für die hier lebenden Langzeitarbeitslosen gemäß dem Leitsatz „Fördern & Fordern“;
- die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, bei der Festlegung der Regelsätze den besonderen Bedürfnissen von Kindern und Menschen mit besonderen Lebenslagen Rechnung zu tragen;
- die Stadtverordnetenversammlung wendet sich gegen eine pauschale Vorverurteilung und Stigmatisierung der Bezieher von Grundsicherungsleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige nach dem SGB II;
- die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für eine Entfristung und den langfristigen Erhalt des Status der Landeshauptstadt Wiesbaden als Optionskommune aus. Des Weiteren spricht sie sich dafür aus, den Kreis der Optionskommunen über die bisherige Anzahl von 96 hinaus zu vergrößern. Dies erlaubt den Kommunen auch in Zukunft selbst zu wählen, ob sie die Verwaltung der Leistungen des SGB II in eigener Regie übernehmen möchten;
- die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, sich auf Landes- und Bundesebene in den Gremien des Städte- und Landkreistags und über die Wiesbadener Landtags- und Bundestagsabgeordneten dafür einzusetzen, dass das Optionsmodell als Modell der Vermittlung von Arbeitssuchenden erhalten bleibt und die bisherigen gesetzlichen Befristungen aufgehoben und das Modell für weitere Kommunen geöffnet wird.

Wiesbaden, 17.03.2010

Axel Imholz			
SPD-Fraktion			
F.d.R.			

Antrag Nr. 10-F-01-0033
SPD-Fraktion

Marc Paffenholz			
Geschäftsführer			